



Pressemitteilung

Nr. 9/2013 vom 12. April 2013

Absichtserklärung zum Schutz vor Benachteiligungen
Schleswig-Holstein tritt „Koalition gegen Diskriminierung“ bei

Schleswig-Holstein ist der „Koalition gegen Diskriminierung“ beigetreten. Ministerpräsident Torsten Albig und die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), Christine Lüders, unterzeichneten dazu am Freitag in Kiel die Absichtserklärung „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“. Nach Berlin, Hamburg, Brandenburg, Bremen und Rheinland-Pfalz ist Schleswig-Holstein das sechste Land, das der Koalition beigetreten ist. Ziel der Vereinbarung ist es, gemeinsame Anstrengungen gegen Diskriminierung zu organisieren, lokale Anlauf- und Beratungsstellen zu unterstützen und dafür Sorge zu tragen, dass der Schutz vor Diskriminierung in allen Bereichen politisch verankert wird.

„Das ist ein ganz wichtiges Zeichen für alle Menschen in Schleswig-Holstein, die Opfer von Benachteiligungen werden – und auch für diejenigen, die in Beratungsstellen vor Ort mit großem persönlichem Engagement dagegen eintreten“, sagte ADS-Leiterin Christine Lüders und dankte Ministerpräsident Albig für den Beitritt des Landes: „Mit seiner Unterschrift zeigt der Ministerpräsident, dass der Kampf gegen Diskriminierung in Schleswig-Holstein Chefsache ist“.

Ministerpräsident Albig sagte: „Unsere Aufgabe ist es, konkret hinzuschauen, wo Menschen bewusst oder unbewusst ausgegrenzt werden. Dazu stehen wir in engem Dialog mit den vielen Initiativen und Verbänden, die sich vor Ort für Gleichbehandlung einsetzen. Anfang des Jahres hat der schleswig-holsteinische Landtag eine Antidiskriminierungsstelle bei der Bürgerbeauftragten Birgit Wille eingerichtet, die Menschen berät, die Opfer einer Diskriminierung geworden sind.“

Die Koalition gegen Diskriminierung ist Teil der „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“, die Anfang 2011 startete. Im Rahmen dieser Offensive fördert die Antidiskriminierungsstelle des Bundes deutschlandweit Beratungsstellen und verstärkt ihre Öffentlichkeitsarbeit. Die ADS setzt dabei auf eine enge Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen. Die Unterzeichner der „Koalition gegen Diskriminierung“ machen mit ihrer Unterschrift deutlich, dass sie entschieden gegen Diskriminierung vorgehen, Beratungsmöglichkeiten vor Ort verbessern und gemeinsame Strategien gegen Diskriminierung entwickeln wollen.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) ist mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im August 2006 gegründet worden. Ziel des Gesetzes ist es, Diskriminierung aus rassistischen Gründen oder wegen ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.
www.antidiskriminierungsstelle.de

HAUSANSCHRIFT
ADS
Glinkastraße 24
10117 Berlin

Pressestelle
Sebastian Bickerich
Kristin Döge

Tel.: 03018 555-1805
Fax: 03018 555-41805

presse@ads.bund.de